

MANNHEIM

Potenziale der Schüler fördern

Interkulturelle Waldorfschule: Ministerin Bilkay Öney zu Gast



Bildung im Blick (von links): Helen Heberer, Bilkay Öney und Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz. FOTO: GAIER

Integrationsministerin Bilkay Öney hat sich bei ihrem dreistündigen Besuch der Freien Interkulturellen Waldorfschule ein Bild von der besonderen Integrationsarbeit der Schule gemacht - und zeigte sich von der dort geleisteten Arbeit beeindruckt.

Bilkay Öney (SPD) war der Einladung der Mannheimer Landtagsabgeordneten Helen Heberer gefolgt und besuchte die Freie Interkulturelle Waldorfschule in der Mannheimer Neckarstadt, die bundesweit bisher als einzige in ihrer konzeptionellen Prägung gilt. Die Ministerin zeigte sich beeindruckt von dem ganzheitlichen Bildungsansatz der Freien Interkulturellen Waldorfschule Mannheim.

Potenziale würden hier erfasst und gefördert, was insbesondere Kindern mit Sprachschwierigkei-

ten entgegenkomme, sagte Öney. Gerade Kinder mit Sprachschwierigkeiten seien durch die frühe Vergabe von Noten benachteiligt. Sie forderte, dass Schule ein attraktiver Ort sein solle, an dem sich Kinder gerne aufhalten.

Die Freie Interkulturelle Waldorfschule Mannheim ist eine Ganztags- und Gesamtschule. Sie wurde 2003 mit dem Ziel gegründet, Begegnungsmöglichkeiten zwischen Kindern unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft zu schaffen, um Vielfalt als Kraft und Stärke zu erleben und Toleranz zu fördern. „Wir legen Wert darauf, dass Schüler aus allen sozialen Schichten gemeinsam lernen“, sagte Dr. Albert Schmelzer, Mitbegründer der Schule.

Dabei sei die kulturelle und sprachliche Vielfalt ein fester Bestandteil des Konzepts. Neben der

Pflege der deutschen Sprache, erfahren Schüler große Wertschätzung in der Sprache ihrer Herkunftsländer - im begegnungssprachlichen Unterricht, so Schmelzer. Der Kulturunterricht werde genutzt, um verschiedene Kulturen der Welt kennenzulernen, um ihnen mit Interesse und Neugier zu begegnen.

Die Freie Interkulturelle Waldorfschule ist eine Schule in freier Trägerschaft und erhält derzeit Zuschüsse aus öffentlicher Hand in Höhe von 67 Prozent. Die verbleibenden 33 Prozent werden derzeit mit Hilfe verschiedener Stiftungen und durch Elternbeiträge finanziert. Kein Kind werde aufgrund seiner sozialen Herkunft abgelehnt. Aber genau deshalb müsste die Schule mit ihrem sozialen Anliegen voll vom Land finanziert werden, forderte Schmelzer. (ps)